



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Ticketrevolution langfristig sichern. Finanzierung des Deutschlandtickets garantieren.

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/3189**

Der Landtag wolle beschließen:

Finanzierung des Deutschlandtickets sichern

Der Landtag stellt fest:

Mit dem Deutschlandticket hat der Nahverkehr deutlich an Nutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit dazu gewonnen. Bei Pendlern führt es zu einer erheblichen finanziellen Entlastung. Im Vergleich zum vormaligen, z. T. kleinteiligen Verbundsystem ist es ein erheblicher Gewinn. Damit auch wirklich alle Bürger den vollen Nutzen des Tickets erhalten, ist der Ausbau des Nahverkehrs insbesondere im ländlichen Raum voranzutreiben.

Der Landtag bekennt sich zur dauerhaft notwendigen finanziellen Absicherung des Deutschlandtickets, unter der Bedingung, dass der Bund den nötigen hälftigen Ausgleich der Einnahmeverluste übernimmt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. einen Verbleib beim bisherigen Preismodell für den Einführungszeitraum von 2 Jahren zu unterstützen,
2. zur finanziellen Absicherung des Deutschlandtickets ab 2024 den erforderlichen Beitrag des Landes inkl. der zugesagten Nachschusspflicht abzusichern,
3. vom Bund die hälftige Übernahme der Mehrkosten einzufordern,

4. sich für einen überjährigen Ausgleich der Mindereinnahmen für die Jahre 2023 und 2024 einzusetzen.

Begründung

Bund und Länder werden auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers sowie der Verkehrsministerkonferenz die künftige Finanzierung über die bisher geplanten 3 Mrd. Euro thematisieren. Sowohl die Verkehrsunternehmen als auch die Fahrgäste fordern eine entsprechende Sicherheit zum Fortbestand ein. Das Fortbestehen der Finanzierungsunsicherheit würde auf wenig Verständnis stoßen. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, eine solche Entwicklung abzuwenden.

Modelle, die für den Einführungszeitraum von zwei Jahren eine Erhöhung des Ticketpreises zur Folge hätten, lehnt das Land ab.

Zudem zeichnet sich ab, dass die Prognosen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen die in Verbindung mit dem Deutschlandticket auszugleichenden Mindereinnahmen für das Jahr 2024 höher und im Jahr 2023 niedriger als 3,0 Mrd. Euro schätzen. Ein entsprechender überjähriger Ausgleich erscheint hier geboten.

Guido Heuer
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz FDP